

Artikel vom 19.10.2011

Nebeneinkünfte Wie lange dürfen Politiker noch absahnen?

Von news.de-Redakteur Björn Menzel

Politiker verdienen sich gern nebenbei noch etwas dazu. Damit soll bald Schluss sein. Das fordert zumindest eine Arbeitsgruppe der SPD - und düpiert damit eines ihrer bekanntesten Mitglieder.



Foto: dpa



Foto: dpa

Peer Steinbrück muss gar nicht Kanzler werden. Der SPD-Mann verdient jetzt schon mehr als Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Wie viel genau, verrät er nicht. Und das, obwohl Abgeordnete des Deutschen Bundestages eigentlich ihre Nebeneinkünfte offen legen müssen. Allerdings müssen sie nicht die genaue Summe nennen. Auf bundestag.de veröffentlicht der Bundestagspräsident die Nebeneinkünfte in drei verschiedenen Stufen. Stufe 1 steht für alle Einkommen zwischen 1000 und 3500 Euro, Stufe 2 für die zwischen 3500 und 7000 Euro und Stufe 3 für alle darüber liegenden.

Geht es nach dem Willen einiger Sozialdemokraten, soll sich das in Zukunft ändern. Sie gehen damit auf Konfrontationskurs mit ihrem prominenten Parteifreund. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Demokratie haben ein Papier mit Vorschlägen verfasst, um die Demokratie in Zukunft «zu leben» und «zu erneuern». Aus den vielen Ideen hat mindestens eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Die Gruppe möchte Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten abschaffen.

«Es ist schon zu hinterfragen, dass manch Abgeordneter Einkünfte in Größenordnung aus Nebentätigkeiten hat, die möglicherweise auch seine Unabhängigkeit beeinflussen», sagt Bundestagsmitglied Daniela Kolbe auf *news.de*-Anfrage zu den Gründen des Vorstoßes. Die Sozialdemokratin ist Mitglied der Arbeitsgruppe Demokratie und möchte mit dem Arbeitspapier vor allem eine Debatte anregen. Die Arbeit eines Abgeordneten ist ihrer Meinung nach so umfangreich, dass sie die gesamte Aufmerksamkeit des Volksvertreters in Anspruch nehmen sollte. Ob der Vorschlag Früchte trägt? «Es wird sicherlich auch Widerspruch geben», sagt Kolbe vorsichtig.

Sollte trotzdem das Recht auf Nebenbeschäftigung kippen, hätte der Streit um die tatsächliche Veröffentlichung von Zusatzeinkommen bei Berufspolitikern ein Ende. Nicht nur das. Bereits seit Jahren machen Kritiker auf die gebotene Unabhängigkeit der Parlamentarier aufmerksam. Die nicht unbegründete Angst lautet: Wer von anderen, besonders Wirtschaftsunternehmen, bezahlt wird, setzt sich auch für deren Interessen ein. Dazu kommt der auch von Daniela Kolbe angesprochene Faktor Zeit. Es ist

kaum zu glauben, dass Abgeordnete sich um das Wohl des Volkes kümmern und nebenbei Bücher schreiben, bis zu 50 Vorträge in der ganzen Republik halten sowie noch [in Aufsichtsräten von Dax-Konzernen sitzen](#).

Einer, der es in den vergangenen Jahren richtig bunt trieb, ist Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. 2010 hat er mindestens 670.000 Euro nebenbei verdient. Er gab allein 40-mal an, Einnahmen der Stufe 3, also mindestens 7000 Euro, erhalten zu haben, zweimal der Stufe 2 und dreimal der Stufe 1. Neben Geldern für Vorträgen befinden sich darunter auch die Honorare für sein gut verkauftes Buch *Unterm Strich*.

[Abgeordnetenwatch.de](#) zitiert Branchenkreise, wonach Steinbrück allein als Vorschuss für sein Werk bis zu einer Viertelmillion Euro erhalten haben könnte. Außerdem ist der Finanzexperte noch Mitglied des Aufsichtsrates bei Thyssen-Krupp. Laut *Welt Online* wird ein derartiger Job mit 130.000 bis 230.000 Euro im Jahr vergütet.

174 Parlamentarier jobben nebenbei

Zum Vergleich: Die Bundeskanzlerin bekommt ein Amtsgehalt von jährlich 189.993,48 Euro brutto. Zumindest aus finanzieller Sicht dürfte Steinbrück keine Ambitionen haben, der nächste Kanzler zu werden. Dennoch wird ihm das immer wieder unterstellt. Dabei hat Steinbrück kaum noch Zeit für Politik. Als zum Beispiel am 23. April vorigen Jahres der Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) eine Regierungserklärung verlas, fehlte Steinbrück. Er war zum Gastvortrag nach Mannheim unterwegs. Das Thema dürfte ihn eh nicht interessiert haben: Das Plenum debattierte über den Mindestlohn.

Nebeneinkünfte beziehen laut eigener Auskunft 174 der 620 Bundestagsabgeordneten. Die meisten davon (73) sitzen in der CDU-Fraktion, gefolgt von der FDP (38), der SPD (22), der CSU (21), der Linken (14) und den Grünen (6). Die anderen Berufspolitiker haben neben ihrer Diät in Höhe von derzeit 7668 Euro brutto im Monat keine weiteren Einnahmen, zumindest geben sie keine an. Eine [Übersicht zu Nebentätigkeiten](#) und Einkünften daraus hat das Portal [abgeordnetenwatch.de](#) zusammen mit *Spiegel Online* erstellt.

kra/news.de